

X bDSB-1/ X bDSB-11, Stand: 21.03.2016

Übersicht über die Übermittlungsbefugnisse des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und des Hamburgischen Datenschutzgesetzes (HmbDSG)

- neben der **Einwilligung** nach §§ 4 Absatz 1, § 4 a BDSG
bzw. § 5 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 HmbDSG -
- (in der Regel **Schriftform** gemäß § 4 a Absatz 1 Satz 3 BDSG
bzw. § 5 Absatz 2 Satz 1 HmbDSG)

Beachte: Personaldaten der BA-Beschäftigten (Beamte und Angestellte) unterliegen den Vorschriften des BDSG, Personaldaten der FHH-Beschäftigten (Beamte und Angestellte) den Vorschriften des HmbDSG.

Übermittlungszweck	Besondere Übermittlungs- bedingungen bzw. Voraussetzungen	Übermittlungsfähiger Datenumfang	Besondere Übermittlungs- verfahren/ Entscheidungsbefugnis
§ 15 BDSG Übermittlung an öffentliche Stellen des Bundes oder der Länder (Behörden, Organe der Rechtspflege und andere öffentlich-rechtlich organisierte Einrichtungen des Bundes oder der Länder etc.) zur Erfüllung der Aufgaben der übermittelnden Stelle oder der Stelle, der die Daten übermittelt werden.	<p>Es müssen <u>zusätzlich</u> die Voraussetzungen für eine Nutzung nach § 14 BDSG erfüllt sein. Nach dessen Absatz 2 ist eine Übermittlung u.a. zulässig, wenn</p> <p>(...)</p> <p>4. Angaben des Betroffenen überprüft werden müssen, weil tatsächliche Anhaltspunkte für deren Unrichtigkeit bestehen</p> <p>5. die Daten allgemein zugänglich sind oder die verantwortliche Stelle sie veröffentlichen dürfte, es sei denn, dass das schutzwürdige Interesse des Betroffenen (...) offensichtlich überwiegt.</p> <p>6. es zur Abwehr erheblicher Nachteile für das Gemeinwohl oder einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder zur Wahrung erheblicher Belange des Gemeinwohls erforderlich ist.</p>	<p>alle Daten, <u>soweit</u> zur Aufgabenerfüllung <u>erforderlich</u></p> <p>Soweit Personaldaten dem Personalakten-geheimnis unterliegen, (z.B. Privatanschrift, private Rufnummer) gilt für BA-Beschäftigte:</p> <p>Gemäß § 111 Absatz 2 Bundesbeamten-gesetz dürfen Auskünfte an Dritte nur mit Einwilligung der Beamtin oder des Beamten erteilt werden, es sei denn, dass die Abwehr einer erheblichen Beeinträchtigung des Gemeinwohls oder der Schutz berechtigter, höherrangiger Interessen der oder des Dritten die Auskunftserteilung zwingend erfordert.</p>	<p><u>Beachte:</u> Erfolgt die Übermittlung auf Ersuchen des Dritten, an den die Daten übermittelt werden, trägt <u>dieser die Verantwortung</u> für die Zulässigkeit der Übermittlung. In diesem Fall prüft die übermittelnde Stelle nur, ob das Übermittlungersuchen im Rahmen der Aufgaben des Dritten, an den die Daten übermittelt werden, liegt (...) (§ 15 Absatz 2 BDSG)</p> <p><u>bei Jobcenter t.a.h. Entscheidung durch X 11</u></p>

Übermittlungszweck	Besondere Übermittlungs- bedingungen bzw. Voraussetzungen	Übermittlungsfähiger Datenumfang	Übermittlungs- verfahren/ Entscheidungsbefugnis
§ 15 BDSG <i>Übermittlung an öffentliche Stellen des Bundes oder der Länder (Behörden, Organe der Rechtspflege und andere öffentlich-rechtlich organisierte Einrichtungen des Bundes oder der Länder etc.) zur Erfüllung der Aufgaben der übermittelnden Stelle oder der Stelle, der die Daten übermittelt werden.</i>	7. es zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten, zur Vollstreckung oder zum Vollzug von Strafen oder Maßnahmen im Sinne des § 11 Absatz 1 Nr. 8 des Strafgesetzbuches oder von Erziehungsmaßnahmen oder Zuchtmitteln im Sinne des Jugendgerichtsgesetzes oder zur Vollstreckung von Bußgeldentscheidungen erforderlich ist, 8. es zur Abwehr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung der Rechte einer anderen Person erforderlich ist, (...)	Die Auskunft ist auf den jeweils erforderlichen Umfang zu beschränken. Inhalt und Empfänger(in) der Auskunft sind der Beamtin oder dem Beamten schriftlich mitzuteilen.	
§ 14 HmbDSG Übermittlung an andere öffentliche Stellen zur Erfüllung der Aufgaben der übermittelnden oder der Stelle, der die Daten übermittelt werden.	Zusätzlich müssen die Voraussetzungen des § 13 HmbDSG erfüllt sein. Nach dessen Absatz 2 ist eine Übermittlung u.a. zulässig wenn, (...) 3. Angaben der Betroffenen überprüft werden müssen, weil tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass sie unrichtig sind. 4. hierdurch erhebliche Nachteile für das Gemeinwohl oder schwerwiegende Beeinträchtigungen von gewichtigen Rechtspositionen Einzelner verhindert oder beseitigt werden sollen,	alle Daten, <u>soweit</u> zur Aufgabenerfüllung <u>erforderlich</u> Soweit Personaldaten dem Personalaktengeheimnis unterliegen, (z.B. Privatanschrift, private Rufnummer) gilt für FHH-Beschäftigte : Gemäß § 89 Absatz 3 Hamburgisches Beamtengesetz dürfen Auskünfte an Dritte nur mit Einwilligung der Beamtin oder des Beamten erteilt werden, es sei denn, die Empfänger machten ein rechtliche Interesse an der Kenntnis der zu übermittelnden Daten glaubhaft und es besteht kein Grund	<u>Beachte:</u> Erfolgt die Übermittlung auf Grund eines Ersuchens der Stelle, der die Daten übermittelt werden sollen, so hat die <u>übermittelnde Stelle</u> (...) lediglich zu prüfen, ob das Übermittlungsersuchen im Rahmen der Aufgaben der ersuchenden Stelle liegt. (§ 14 Absatz 3 HmbDSG) <u>bei Jobcenter t.a.h. Entscheidung durch X 11</u>

Übermittlungszweck	Besondere Übermittlungs- bedingungen bzw. Voraussetzungen	Übermittlungsfähiger Datenumfang	Übermittlungs- verfahren/ Entscheidungsbefugnis
<p>§ 14 HmbDSG <i>Übermittlung an andere öffentliche Stellen zur Erfüllung der Aufgaben der übermittelnden oder der Stelle, der die Daten übermittelt werden.</i></p>	<p>5. sie zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten, zur Vollstreckung oder zum Vollzug von Strafen oder von Maßnahmen im Sinne des § 11 Absatz 1 Nummer 8 des Strafgesetzbuches oder von Erziehungsmaßnahmen oder Zuchtmitteln im Sinne des Jugendgerichtsgesetzes oder zur Erledigung eines gerichtlichen Auskunftersuchens erforderlich ist und gesetzliche Regelungen nicht entgegenstehen,</p> <p>6. die Einholung der Einwilligung der Betroffenen nicht möglich ist oder mit unverhältnismäßigem Aufwand verbunden wäre, aber offensichtlich ist, dass es in ihrem Interesse liegt und sie in Kenntnis des anderen Zwecks ihre Einwilligung erteilen würden,</p> <p>7. die Daten unmittelbar aus allgemein zugänglichen Quellen entnommen worden sind oder entnommen werden können oder die Daten verarbeitende Stelle sie veröffentlichen dürfte (...)</p>	<p>zu der Annahme, dass das schutzwürdige Interesse der Betroffenen an der Geheimhaltung überwiegt. Inhalt und Empfänger(in) der Auskunft sind der Beamtin oder dem Beamten schriftlich mitzuteilen.</p>	

In Zweifelsfällen und für weitere Auskünfte wenden Sie sich bitte an:

Zentrale von Jobcenter team.arbeit.hamburg Bereich Behördlicher Datenschutz Raboisen 28, 20095 Hamburg E-Mail: Jobcenter-team-arbeit-hamburg.Datenschutz@jobcenter-ge.de		
<u>Name</u>	<u>Org.Zeichen</u>	<u>Durchwahl</u>
Herr Staudt	X bDSB-1	(040) 600 98 – 210
Herr Hellwig	X bDSB-11	(040) 600 98 – 126